

PROTOKOLL	Gremium Sitzung Besprechung	Jugendhilfeausschuss
Stadt Karlsruhe	Datum Uhrzeit	09.05.2018 Beginn: 16:34 Uhr Ende: 18:40 Uhr
		Öffentlich
	Ort	Rathaus am Marktplatz, Großer Sitzungssaal
	Vorsitzende Vorsitzender	Herr Bürgermeister Lenz
	Protokollführerin Protokollführer	Herr Walter

Teilnehmende: siehe Anwesenheitsliste

Entschuldigt: Herr Barton (Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe gGmbH)
 Frau Grinberg (Jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe)
 Frau Grust (Staatl. Schulamt), vertreten durch Frau Mößner
 Herr Kreis (ver.di)
 Frau Stadträtin Meier-Augenstein
 Frau Rühle (Heimstiftung), vertreten durch Frau Musacchio
 Herr Sester (Kath. Gesamtkirchengemeinde), vertreten durch Herrn Bauer
 Frau Sinner (Der Paritätische)
 Frau Siol (AG Karlsruher Frauenorganisationen)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 1: Prioritätenliste für Investitionen des Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe (stja)

Der Vorsitzende hebt den Stellenwert des stja als sehr wesentlicher Baustein der Karlsruher Jugendarbeit hervor und übergibt das Wort an Frau Peitzmeier.

Frau Peitzmeier (stja) erläutert die Beschlussvorlage und geht dabei inhaltlich auf einige Vorhaben der Prioritätenliste ein. Wichtig ist der Hinweis, dass die Prioritätenliste nicht von oben nach unten „abzuarbeiten“ sei, sondern in Bezug auf die Umsetzung einzelner Vorhaben die jeweilige Dringlichkeit im Vordergrund stehe.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) bedankt sich für die Vorlage und hebt positiv hervor, dass die Prioritätenliste auch Maßnahmen enthalte, die über den Zeitraum des kommenden Doppelhaushalts 2019/2020 hinausgehen. Die Prioritätenliste sei ein Beleg für die Aktivität und das sehr hohe Engagement des stja und trage dazu bei, dass die Jugendarbeit in Karlsruhe sehr gut und zeitgemäß aufgestellt ist.

Wichtig sei es jetzt, dass den Fraktionen zeitnah eine Übersicht zu den voraussichtlichen Kosten der einzelnen Maßnahmen zugeht, damit diese in die Anträge zum Doppelhaushalt 2019/2020 aufgenommen werden können.

Sehr wichtig seien insbesondere die Realisierung der Maßnahmen Otto-Dullenkopf-Park und die Lösungsfindung für die Zukunft der Geschäftsstelle und die damit verbundene Sanierung des Anne-Frank-Hauses.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) bedankt sich ebenfalls für die Vorlage und hebt das vielfältige Engagement des stja hervor. Auch für die SPD-Fraktion sei es jetzt von besonderer Bedeutung, dass im Rahmen der Planung des Doppelhaushalts 2019/2020 überprüft wird, welche Mittel für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen bereitzustellen seien.

Sorge bereite insbesondere die noch nicht geklärte Zukunft des Fanprojekts.

Herr Stadtrat Jooß (FDP) regt an, auch darüber nachzudenken, ob es möglicherweise Angebote gebe, die künftig nicht mehr zwingend fortgesetzt werden müssten. In Bezug auf das Kinder- und Jugendhaus Südstadt erkundigt er sich, ob der Grund für den vorhandenen Wassereintritt inzwischen bekannt sei.

Herr Stadtrat Müller (CDU) bestätigt sowohl die Notwendigkeit der vorgelegten Prioritätenliste als auch die Erstellung einer Übersicht zu den Kosten, damit entsprechende Mittel für den Doppelhaushalt 2019/2020 angemeldet werden können.

Herr Stadtrat Mossuto (FÜR Karlsruhe) bedankt sich ebenfalls für die erstellte Vorlage und erkundigt sich konkret nach dem Sachstand zur Geschäftsstelle im Anne-Frank-Haus.

Frau Peitzmeier (stja) nimmt zu den Fragen/Anmerkungen wie folgt Stellung:

Geschäftsstelle im Haus der Jugendverbände und Gebäudesanierung (Anne-Frank-Haus)
Aktuell liegt noch kein abschließendes Gesamtkonzept vor. Ein Umzug in ein städtisches Gebäude sei gewünscht.

Kinder- und Jugendhaus Südstadt

Die Gründe für den Wassereintrich würden noch geklärt, insofern könne auch noch keine abschließende Entscheidung über eine notwendige Sanierung getroffen werden. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft (HGW) sei gewährleistet.

Fanprojekt

Momentan sei noch keine Alternative zum aktuellen Standort vorhanden. Die Belegung einer freistehenden Halle auf dem Gelände des Großmarktes könnte eine Interimslösung darstellen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss die Prioritätenliste des stja zur Kenntnis genommen hat.

TOP 2: Aktualisierung der Prioritätenliste Schulsozialarbeit

Frau Greiner führt in die Thematik ein und erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Stadtrat Jooß (FDP) sieht im Bereich der Schulsozialarbeit eine Kostenträgerschaft sowohl von Land (Bereich Schule) als auch Kommune (Bereich Sozialarbeit). Der aktuelle Förderbetrag des Landes in Höhe von 16.700 Euro je Vollzeitstelle sei zu niedrig. Diesbezüglich müssten die städtischen Interessen gegenüber dem Land weiterhin aktiv wahrgenommen werden.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) begrüßt, dass bald alle Karlsruher Schulen mit Schulsozialarbeit ausgestattet seien, schließlich sei das auch der Wunsch des Gemeinderats. In Bezug auf notwendige Stellenschaffungen und Prioritätensetzung sei ein interfraktioneller Antrag in Vorbereitung.

Mit Blick auf die Integrationsklassen sei eine Ausstattung der beruflichen Schulen mit Schulsozialarbeiterstellen von besonderer Relevanz.

Herr Stadtrat Krug (CDU) bestätigt, dass die CDU-Fraktion am eingeschlagenen Weg festhalte. Allerdings müssten auch die Kosten stetig im Fokus bleiben. So sei der Ausbau von Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen ebenfalls gewünscht. Der Ausbau an den übrigen Schulen müsse unter finanziellen Gesichtspunkten hingegen genau geprüft werden.

Frau Stadträtin Moser (SPD) schließt sich den Ausführungen von Herrn Stadtrat Krug an und bestätigt auch für die SPD-Fraktion die Notwendigkeit des Ausbaus an beruflichen Schulen.

Frau Baron (Beirat für Menschen mit Behinderungen) fragt an, wie hoch der Anteil bzw. die Nachfrage an Schulsozialarbeit an Schulen mit Inklusionsklassen sei?

Frau Greiner bestätigt, dass auch an den Schulen mit integrativer Beschulung eine Nachfrage an Schulsozialarbeit vorhanden sei.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss die Aktualisierung der Prioritätenliste Schulsozialarbeit zur Kenntnis genommen hat.

TOP 3: Familienumfrage 2017 – Lebenssituation, Einschätzungen und Kinderbetreuungsbedarf

Der Vorsitzende begrüßt Frau Dr. Wiegelmann-Uhlig und Herrn Dierßen vom Amt für Stadtentwicklung und bestätigt, dass es sich bei der umfassenden Familienumfrage um ein sehr wichtiges Instrument der Bedarfsermittlung handelt.

Frau Dr. Wiegelmann-Uhlig stellt wesentliche Ergebnisse der Umfrage mittels einer PowerPoint-Präsentation dar (Hinweis: Die Präsentation ist diesem Protokoll als Anlage 1 beigelegt).

Frau Langeneckert erläutert die Schwerpunkte der fachlichen Stellungnahme der SJB auf den Seiten 154 bis 158 der Familienumfrage (Hinweis: Das Skript ist als Anlage 2 beigelegt).

Herr Köhler (Caritasverband Karlsruhe e.V.) bedankt sich für die Auswertung und Darstellung der Daten. Die Familienumfrage 2017 wird als Basis für die weitere Arbeit wahrgenommen. Er weist darauf hin, dass auch das Thema „Pflege und Beruf“ sehr wichtig sei.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE) bedankt sich für die aufschlussreichen Ausführungen und äußert eine große Zufriedenheit hinsichtlich der Umfrageergebnisse zum Angebot mit

Spielplätzen und Grünflächen. Unstrittig sei, dass der soziale Wohnungsbau ein zentrales Thema der politischen Bemühungen darstelle.

Die Tatsache, dass bei einer doch recht hohen Anzahl der Karlsruher Familien im Einkommenssegment von unter 1.000 Euro/Kopf, konkret bei 32,8 % der befragten Familien, Unkenntnis über den Karlsruher Pass besteht, wird bedenklich wahrgenommen. Hier stelle sich die Frage, wie Karlsruher Familien noch intensiver erreicht werden könnten.

Herr Stadtrat Braun (KULT) bedankt sich ebenfalls für die Präsentation zu den Umfrageergebnissen. Die Ergebnisse zur Wohnsituation überraschen ihn nicht und zeigen auf, dass die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eine vorrangige kommunalpolitische Aufgabe darstelle.

Auch er sieht das Ergebnis zum Bekanntheitsgrad des Karlsruher Passes sehr kritisch. Ebenso das Ergebnis zum Thema Ferienbetreuung (10 % der befragten Familien geben an, dass sie sich keine Ferienbetreuung leisten können, Abb. 6.24 auf Seite 131 der Familienumfrage 2017).

Der Vorsitzende weist bezüglich der Auswertungsergebnisse zum Karlsruher Pass darauf hin, dass die Zahlen zur tatsächlichen Inanspruchnahme dieses Angebots sehr positiv zu beurteilen sind und das Ergebnis der Familienumfrage nicht bestätigen bzw. relativieren.

Herr Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke) bestätigt im Hinblick auf die Umfrageergebnisse zur Wohnsituation die Relevanz der kommunalen Programme und Angebote im Zusammenhang mit sozialem Wohnungsbau.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss die Ergebnisse der Familienumfrage 2017 einstimmig zur Kenntnis genommen hat.

TOP 4: Rahmenkonzeption für Kinder- und Familienzentren in Karlsruhe

Frau Kinnunen und **Herr Nees** führen in den Tagesordnungspunkt ein.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) bewertet das vorgestellte Konzept sehr positiv. Es sei fachlich geboten, so dass die SPD-Fraktion die Rahmenkonzeption uneingeschränkt unterstütze. In Bezug auf die Kontinuität dieses Angebots müsse auch insbesondere eine finanzielle Verlässlichkeit erreicht werden.

Herr Stadtrat Krug (CDU) unterstützt das Konzept ebenfalls, die bereits erreichten Erfolge müssten verstetigt werden. Für das südliche und südöstliche Stadtgebiet sehe er noch einen gewissen Versorgungsbedarf.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) hebt hervor, dass das vorgestellte Konzept in den Stadtteilen zu einer Bündelung von Ressourcen führe. Wichtig sei aus ihrer Sicht auch die weitere Entwicklung der Kinder- und Familienzentren, d.h. ein weiterer Ausbau müsse geplant werden. Sie erkundigt sich noch, ob die notwendigen Haushaltsmittel bereits im Verwaltungsentwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 enthalten seien.

Für **Herrn Köhler (Caritasverband Karlsruhe e.V.)** ist es sehr wichtig, dass die Konzeption jetzt zügig umgesetzt wird. Kritisch sieht er die Fördervoraussetzung hinsichtlich einer Mindesteinrichtungsgröße von drei Gruppen.

Herr Bauer (Kath. Gesamtkirchengemeinde Karlsruhe) hält die in der Rahmenkonzeption statisch vorgegebene Zuschusshöhe zu den Fachpersonalkosten für nicht sehr praktikabel. Er bevorzuge eine flexible Zuschussgestaltung. Dadurch könne vermieden werden, dass beispielsweise nur wegen einer Änderung der Zuschusshöhe eine komplette Änderung der Rahmenkonzeption erforderlich werde.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE) sei die konkrete Abgrenzung zwischen Kinder- und Familienzentren und der Startpunkte nicht ganz klar.

Herr Nees erläutert die Abgrenzung der von Frau Stadträtin Anlauf genannten Angebote dahingehend, dass es sich bei den Kinder- und Familienzentren um erste Anlaufstellen für Familien zur Vermittlung bzw. Koordination weiterer Angebote und zur Gewährleistung eines ersten persönlichen Kontakts handele. Die Startpunkt-Elterncafés stellen weiterführende, speziellere Angebote dar.

Frau Kinnunen sichert in Bezug auf die Anmerkungen von Herrn Stadtrat Krug zu, dass das südliche bzw. südöstliche Stadtgebiet bei der künftigen Bedarfsplanung entsprechend berücksichtigt werde.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Bauer und Herrn Köhler weist sie darauf hin, dass beim Entwurf der Rahmenkonzeption bewusst auf eine offene Formulierung geachtet wurde.

Frau Langeneckert erklärt zur Nachfrage von Frau Stadträtin Rastetter, dass der aktuelle Haushaltsentwurf der Verwaltung die für die Umsetzung der Rahmenkonzeption notwendigen Haushaltsmittel beinhalte.

Beschluss:

Der Gemeinderat begrüßt - nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss - die Rahmenkonzeption für Kinder- und Familienzentren. Über den Umfang der Umsetzung wird in den Beratungen über den Doppelhaushalt 2019/20 im Rahmen der dann erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel entschieden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss den Beschluss einstimmig zur Kenntnis genommen hat.

TOP 5: Gesamtkonzept Frühe Prävention Karlsruhe – Fortschreibung 2019

Herr Nees führt in die Beschlussvorlage ein und stellt in diesem Zusammenhang fest, dass das Netzwerk Frühe Prävention seit nunmehr 10 Jahren eine sehr erfolgreiche Entwicklung nehme. Steigende Geburtenzahlen sowie auch steigende Besuchskontakte machen eine bedarfsgerechte Erweiterung des niedrigschwelligen Angebots erforderlich.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE) erwähnt die Teilnahme am Fachgespräch Frühe Prävention und lobt die sehr gute Zusammenarbeit.

Frau Stadträtin Moser (SPD) schließt sich dem an und bestätigt, dass im Rahmen dieses Fachgesprächs sehr gute Einblicke in die fachliche Arbeit erlangt werden konnten. Ihr Dank gelte insbesondere allen tätigen Trägern und den Mitarbeitenden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die bedarfsgerechte Erweiterung der Leistungen innerhalb der Gesamtkonzeption Frühe Prävention zur Kenntnis zu nehmen.

Über den Umfang der Umsetzung wird in den Beratungen über den Doppelhaushalt 2019/20 im Rahmen der dann erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel entschieden.

TOP 6: Raumprogramm für Kindertageseinrichtungen – Anpassung der „Grundsätze der Stadt Karlsruhe über die Gewährung von Investitionskostenzuschüssen in Kindertageseinrichtungen“

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, der Änderung der „Grundsätze der Stadt Karlsruhe über die Gewährung von Investitionskostenzuschüssen für Kindertageseinrichtungen“ zuzustimmen.

TOP 7: Änderung der „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ – Erhöhung der förderfähigen Plätze für die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung (PIA) sowie für Auszubildende der Fachrichtung Jugend- und Heimerziehung (FJH)

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) berichtet von einer inzwischen geänderten Vorgehensweise der Stadt Stuttgart. Dort konnten wegen der bisherigen Anrechnung der PIA-Plätze auf den förderfähigen Stellenschlüssel zuletzt keine freien Träger mehr gewonnen werden. Die Stadt Stuttgart passe die Vorgaben nun an die Karlsruher Regelungen an.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die neu gefasste „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ und die Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel zu beschließen.

TOP 8: Aufnahme neuer Kita-Projekte in die Bedarfsplanung

Frau Kinnunen gibt einen kurzen mündlichen Überblick über die Beschlussvorlage.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die Aufnahme der neuen Kita-Projekte mit 105 Plätzen für Kinder unter drei Jahren und 170 Plätzen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt in die Bedarfsplanung und die Bereitstellung der in der Vorlage genannten Finanzmittel zu beschließen.

TOP 9: Aufnahme neuer Hortgruppen in die Hortplanung

Frau Mink gibt einen kurzen mündlichen Überblick über die Beschlussvorlage.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die Erweiterung des Schülerhorts Riedschule um eine Nachmittagshortgruppe (20 Plätze) und die Bereitstellung der in der Vorlage genannten Finanzmittel zu beschließen. Die notwendigen Haushaltsmittel 2018 werden überplanmäßig bereitgestellt und werden durch Mehrerträge im Bereich der Kleinkindförderung nach § 29c FAG gegenfinanziert.

TOP 10: Jugendschöffenwahl 2018

Der Vorsitzende stellt nach Abfrage fest, dass der Jugendhilfeausschuss die Vorschlagslisten zur Jugendschöffenwahl 2018 für die Amtsgerichtsbezirke Karlsruhe und Karlsruhe-Durlach (siehe Tischvorlage) einstimmig beschließt.

Der Vorsitzende bedankt sich und schließt die öffentliche Sitzung um 18:40 Uhr. Der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses folgt eine nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Zur Beurkundung:

gesehen und genehmigt:

der Schriftführer



Martin Lenz
Bürgermeister



Michael Walter



Anlagen



Ergebnisse
Familienumfrage 2017



Einführung Frau
Langeneckert zu TOP